

KURZ NOTIERT

von Anke Timmann

Die Autorin ist Dozentin an der Akademie für internationale Zusammenarbeit (AIZ) der GIZ und bereitet Fachkräfte der Entwicklungszusammenarbeit auf ihren Einsatz in Laos vor.

■ Geplante neue Richtlinien schränken laotische Zivilgesellschaft noch mehr ein

Die vom Außenministerium vorgeschlagenen Änderungen für die Registrierung von internationalen *Non-Government Organizations* (INGO) würden die ohnehin schon schwierige Arbeit von INGO in Laos weiter erschweren. Das Außenministerium müsste alle INGO Projektanträge, die internationalen Mitarbeiter und die Einrichtung von Büros in Laos genehmigen, wobei die Konditionen, unter denen es einen INGO-Antrag befürwortet oder ablehnt, in den neuen Richtlinien nicht

genau definiert sind. Außerdem sähe das Dekret vor, dass in regelmäßigen Abständen Zwischenberichte und finanzielle Reports eingereicht werden müssen. Zurzeit werden INGO-Registrierungen von Fall zu Fall vergeben, basierend auf gegenseitigen Absichtserklärungen zwischen den INGOs und den jeweils zuständigen Ministerien. Darin eingeschlossen sind die Genehmigungen für Personal und Büros. Auch für lokale *Non Profit Associations* (NPA) soll ein bestehendes Gesetz

aus dem Jahr 2009 durch restriktivere Auflagen ergänzt werden, die neben anderem die Arbeit auf bestimmte Felder wie Landwirtschaft, Bildung, Gesundheitsversorgung und Sport limitiert. Wie die einschränkenden Auflagen für INGO und NPA zeigen, hat sich das Thema Entwicklung in den letzten Jahren auch in Laos zu einem kontroversen Thema mit politischer Sprengkraft entwickelt.

Radio Free Asia 2.10.2014

■ Neues Sozialversicherungssystem in Laos eingeführt

Zum 1. Oktober 2014 wurde in Laos ein neues Sozialversicherungssystem eingeführt. Es deckt folgende Bereiche ab: Gesundheitsversorgung, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit, Arbeitsunfälle, Pensionierung und Tod. Die bisher existierenden zwei Sicherungssysteme für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst und für Privatangestellte wurden zusammengeführt. Zum ersten Mal können sich auch Selbstständige und Einzelpersonen versichern. Grundlage ist ein Gesetz aus 2013.

Der Geschäftsführende Vorstand des für die Umsetzung zuständigen *National Social Security Fund* (NSSF) hielt im Oktober 2014 sein erstes Treffen ab, auf dem die Organisationsstruktur sowie Aufgaben und Funktionen der Vorstandsmitglieder festgelegt wurden. Vorsitzende des Fonds ist Onchanh Thammavong, amtierende Arbeits- und Sozialministerin. Angestellte im Staatsdienst tragen acht Prozent ihres Gehaltes bei, 8,5 Prozent werden aus dem Staatsbudget finanziert. Bei Angestellten eines Unternehmens

tragen die Angestellten 5,5 Prozent, während das Unternehmen sechs Prozent übernimmt. Bis 2015 soll die Hälfte der Bevölkerung in Laos in ein soziales Sicherungssystem eingebunden sein, aktuell ist mit 28 Prozent nur ein sehr geringer Teil der Bevölkerung sozial abgesichert. Unklar ist, wie sich die unzureichenden staatlichen Einnahmen auf die Realisierung des neuen Systems auswirken werden.

Vientiane Times 17.10.2014

ILO 20.10.2014

■ Laos erlässt strenge Vorschriften zur Regulierung von Informationen im Internet

Unter dem von Premierminister Thongsing Thammavong im Oktober erlassenen Dekret Nr. 327 können Internetuser für die Verbreitung »unwahrer Informationen« betrafft werden. Pornographie und »unangebrachte« Fotos in Online-Veröffentlichungen sind verboten, ebenso Fotos, die »laotischer Tradition und Kultur entgegenstehen«. Werden Inhalte durch offizielle Organe als gefährdend für »Frieden, Stabilität, Unabhängigkeit, Souverä-

nität, Einheit und Wohlstand des Landes« wahrgenommen, müssen sich die User vor Gericht verantworten. Dasselbe gilt für Internetprovider, wenn sie der Beihilfe für schuldig befunden werden. Laut Dekret dürfen NetznutzerInnen nur unter ihren echten Namen einen Account eröffnen oder soziale Medien nutzen. Für »kleinere Vergehen« gibt es eine Warnung, »ernsthafte Verstöße« werden mit einem Bußgeld geahndet oder strafrechtlich verfolgt. Das neue

Dekret wurde mehrheitlich negativ aufgenommen: Es sei zu ungenau formuliert und damit gegen viele InternetnutzerInnen verwendbar. Es wird zudem befürchtet, dass Internetprovider schließen müssen. Der Erlass erinnert an Vietnams Dekret Nr. 72, das im Jahr 2013 erging, ähnliche Restriktionen vorsieht und von vielen Internetunternehmen missbilligt wird.

Khaosan Pathet Lao 23.9.2014

Radio Free Asia 24.9.2014